

Der Grosse Rat diskutierte zum Budget 1984 vor allem über Stellen

## **2 Aufseher mehr für Lenzburg**

**ps. Gegen den Willen von Regierungsrat und Staatsrechnungs-Kommission beschloss der Grosse Rat gestern 2 zusätzliche Aufseherstellen für die Strafanstalt Lenzburg. Dagegen wurden verschiedene un-differenzierte Sparanträge abgelehnt**

Die Sitzung begann mit dem Versuch, neue Stellen abzublocken: Karl Steiner (SVP) wollte nur 2 statt 3 zusätzliche Experten für das Strassenverkehrsamt bewilligen: Es schade gar nichts, wenn die Leute etwas länger auf die Fahrprüfung warten müssten. Heiner Studer (EVP) ging noch einen Schritt weiter: Er wollte alle 3 zusätzlichen Stellen streichen.

### **Kontrollen für Umweltschutz**

Willi Wacker (SP) machte jedoch klar, dass diese Streichung gerade unter dem Titel Umweltschutz ein Eigen-goal wäre. Im Strassenverkehrsamt herrsche eine «effektive Vollzugskrise». Zur Erfüllung der Aufgaben wären im Grunde genommen 8 Stellen notwendig. Es gehe darum, dass die Abgas- und Lärmkontrollen wenigstens einigermaßen durchgeführt werden können. Diese Kontrollen seien auch ein Beitrag zur Verkehrssicherheit. Zudem kosten diese Stellen nichts: Sie werden nach dem Verursacherprinzip von den Benutzern bezahlt und tragen mehr ein als sie kosten. Für Regierungsrat Louis Lang ist das Strassenverkehrsamt so etwas wie die «Visitenkarte des Kantons». Bereits heute seien Nachprüfungen bei PWs erst nach 6 statt 3 Jahren möglich. Der Aargau habe 1 Experten auf 7050 Autos, der CH-Durchschnitt betrage 5600, womit unser Kanton an drittletzter Stelle stehe. Diesen Argumenten stimmte eine Mehrheit (91 zu 51 Stimmen) zu und bewilligte die geplanten 3 Stellen.

### **Nötige Stellen für Strafanstalt**

Mehr Glück hatte Hans Riniker (SVP) mit seinem Antrag, nicht nur 1, sondern 3 zusätzliche Aufseher für die Strafanstalt Lenzburg zu bewilligen. Riniker schilderte die prekären Arbeitsverhältnisse in den Werkstätten der Strafanstalt überzeugend. Auch Regierungsrat Louis Lang stimmte Rinikers Feststellungen zu, bekämpfte den Stellenwunsch jedoch «aus Loyalität zum Gesamregierungsrat». Mit 57 zu 55 Stimmen wurden die beiden zusätzlichen Aufseher (neben 1 Fürsorger und 1 Aufseher, die die Regierung wollte) bewilligt.

### **Kein zusätzlicher Steuerprüfer**

Keinen Erfolg hatten dagegen Franz Schmidbauer und Hans Müller (beide SP), die 2 statt nur 1 zusätzlichen Revisor beim Steueramt verlangten. Obwohl Müller feststellte, dass 1 Revisor zurzeit gegen 500 Firmen prüfen müsste und die Zahl der Firmen um rund 400 im Jahr zunimmt, wollte Finanzminister Lareida diese Stelle nicht: Nach dem Stellenplan seines Departementes brauche man als nächsten einen EDV-Mann. Mit 87 zu 30 Stimmen wurde die zusätzliche Stelle abgelehnt.

### **Was kostet das Waldsterben?**

Willi Jäggi (SP) erkundigte sich, weshalb die Kosten der Untersuchungen nicht im Budget auftauchen. Regie-

rungsrat Lareida sagte, dass man diese Kosten (Auswertung des Sanasilva-Programms) noch gar nicht kenne und kündigte dafür eine Kreditvorlage an: «Parlament und Öffentlichkeit sollen wissen, was das kostet!» Auf eine weitere Frage von Jäggi, die den Rückzug von über 800 000 Franken aus der Forstreserve betraf, antwortete Lareida, dass die Forstreserve 5,5 Mio Franken enthalte und in den letzten Jahren immer erhöht worden sei. Der Rückzug werden zudem weniger gross sein, weil die Holzpreise besser als erwartet seien. Zu den Sturmschäden in den Wäldern kündigte Lareida weitere Informationen an.

### **Bauernhaus soll verkauft werden**

Beim Baudepartement gab vor allem eine landwirtschaftliche Liegenschaft in Habsburg zu reden, die der Kanton 1971 im Zusammenhang mit der N3 gekauft hatte. Während der Kanton dieses Haus renovieren und dem Schloss Habsburg für Unterkünfte zur Verfügung stellen wollte, drang Hans Peter Widmer (FdP) mit seinem Antrag durch. Dieser verlangt, dass der Kanton diese Liegenschaft verkaufen soll. Der Umbaukredit von 400000 Franken wurde jedenfalls aus dem Budget gestrichen.

### **Anlauf zum Personalstopp...**

Schliesslich wurde das Budget, das bei Einnahmen von 1,48 Milliarden und Ausgaben von 1,51 Milliarden ein Defizit von etwas über 29 Millionen Franken vorsieht, gutgeheissen. Zuvor hatte Rudolf Rohr (FdP) nochmals versucht, einen Personalstopp durchzusetzen: Er verlangte eine obere Stellengrenze von 8031 Stellen, was einer Kürzung von 7 Stellen entspricht. Diese 7 Stellen soll der Regierungsrat von sich aus bis Ende Januar 1984 streichen. Das sei zwar, so Rohr, «ein grobes Instrument, aber das einzige, das etwas bringt». Neben der «ansehnlichen FdP-Mehrheit», für die Rohr sprach, traten auch eine «beträchtliche Minderheit der CVF-Fraktion» und die SVP-Fraktion für das undifferenzierte Einsparen von 7 Stellen ein.

### **«Halbes Defizit einfrieren»**

Noch weiter ging Karl Steiner (SVP), der eine ganze Reihe von undifferenzierten «Sparvorschlägen» machte. So wollte Steiner «das halbe Defizit» (ca. 14 Mio Franken) bis Ende März «einfrieren», damit der Regierungsrat Vorschläge machen könne, wo diese 14 Mio noch einzusparen seien. Ein ähnlicher Antrag war schon erfolgreich - beim Bund gestellt worden. Zudem wollte Steiner die Polizei-RS 85/86 streichen, die durch die Fremdreinigung im Spital eingesparten Stellen nicht in der Bilanz berücksichtigen und schliesslich das nächste Budget früher (im November 84) vor das Parlament bekommen.

### **Einzelinteressen oder Gemeinwesen?**

Heinrich Buchbinder (SP) wies solche pauschale Sparanträge als «unverantwortlich» zurück. Buchbinder erinnerte die SVP daran, dass allein die landwirtschaftlichen Schulen mit 4,1 Mio Franken subventioniert werden. Die SP sei nicht gegen diese Beiträge, weil sie den Kanton als «Gemeinwesen» betrachte. Wenn die Bürgerlichen jedoch das Gemein-schaftliche aufgeben und einen «Ständekrieg der Einzelinteressen» wollen, dann «können wir auch einen ändern Gang einschalten». Buchbinder erinnerte Steiner an das alte Sprichwort der Arbeiterbewegung: «Alle Räder stehen still, wenn Dein starker Arm es will!» Der Kanton müsse «integrieren und nicht Einzelinteressen gegeneinander ausspielen», warnte Buchbinder. Mit der Kürzung von 7 Stellen war Widmer (FdP) einverstanden, Steiners weitergehende Anträge lehnte er jedoch ab, während Isidor Bürgi (SVP) beim Kanton für möglich hielt, was beim Bund möglich sei. Ob der Aargau denn «aus dem letzten Loch pfeift», fragte Franz Schmidbauer (SP) angesichts des Gejammers einzelner Ratsmitglieder. Auch Hans Müller (SP) wehrte sich gegen die Sparanträge: «Wo führt das hin, wenn wir zuerst das Budget im Detail mit allen Stellen bewilligen und dann trotzdem mit solchen Anträgen kommen?» Das Budget 84 sei «massvoll

und verantwortbar», meinte Müller, sodass es «unfair wäre, jetzt dem Regierungsrat den Schwarzen Peter zuzuschreiben». Man könne «eine Zitrone nur einmal auspressen. Man kann sie nicht in den Kühlschrank legen und jedes Jahr wieder auspressen!» Urs Clavadetscher (FdP), der als freisinniger Fraktionschef für einen Vorstoss geradezustehen hatte, der eine starre Beschränkung des Personalbestandes verlangt, erkundigte sich, warum sich die Regierung nicht daran halte. Der Grosse Rat dürfe das Instrument Personalstopp nicht einfach aus der Hand geben.

### **Nicht mit dem Bund vergleichen!**

Man könne das kantonale Budget nicht mit dem Bund vergleichen, betonte Finanzdirektor Lareida, der sich gegen die «undifferenzierten Sparübungen» wehrte. Wenn man von 8038 Stellen (so viele hat die kantonale Verwaltung) 7 streichen müsse, würden zuerst die beiden zusätzlich beschlossenen Aufseher der Strafanstalt Lenzburg gestrichen. Zudem sei die Zahl der eigentlichen «Beamten» (ohne Spitäler etc.) nur sehr geringfügig gestiegen. Der Grosse Rat sage zwar, wo man zusätzliche Stellen schaffen müsse, könne aber nicht angeben, wo man einsparen könne: «Wir haben beim Personal kein Polster!»

### **«Ritual der Hilflosigkeit»**

Von Jahr zu Jahr erlebe man beim Budget «das gleiche Ritual der Hilflosigkeit: Einzelne Leute versuchen mit sehr wenig Argumenten in letzter Minute möglichst viel einzusparen». Karl Steiner (SVP) zog darauf immerhin jene Anträge zurück, die mit dem Budget 1984 nichts zu tun haben, sondern sich auf 1985 beziehen (Polizei-RS 1985/86).

### **7 Stellen bleiben**

Mit 146 zu 3 Stimmen wurde das Budget im Prinzip gutgeheissen. Abgelehnt wurde dagegen der Antrag Rohr (FdP), 7 Stellen zu streichen (82 gegen 63 Stimmen). Ebenfalls keine Chance hatte der Antrag Steiner (SVP), das Defizit um 14 Mio zu reduzieren: Er wurde mit 97 zu 29 Stimmen abgelehnt.

## **Kommentar**

Als «Milchmädchenrechnungen» bezeichnete Heinrich Buchbinder (SP) die zahlreichen Sparvorschläge, die am Schluss der Budgetberatung von FdP- und SVP-Seite noch lanciert wurden. Auch der Finanzdirektor als «kantonales Milchmädchen» musste seinen bürgerlichen Gesinnungsfreunden in ihrem Sparfimmel entgegenreten: Auf der einen Seite schreibe der Grosse Rat der Regierung zwar vor, wo sie neue Stellen schaffen müsse (z.B. die zwei dringend nötigen zusätzlichen Aufseher für die Strafanstalt), wenn es ums Sparen gehe, überlasse man den Schwarzen Peter dann aber grosszügig dem Regierungsrat. Der Grosse Rat schloss sich dann diesen Überlegungen an, die «Koalition» zwischen dem freisinnigen Finanzminister und der geschlossenen SP-Fraktion (bei den Bürgerlichen lief die Front quer durch die Reihen) brachte eine Mehrheit für das bereits sehr bescheiden berechnete Budget zustande und lehnte die grobschlächtigen Sparanträge ab - der Kanton ist also noch einmal davongekommen. Denn: Man soll sich ja keine Illusionen machen: Im nächsten Jahr wird der gleiche Strauss erneut auszufechten sein, dannzumal allerdings unter finanzpolitisch wesentlich ungünstigeren Voraussetzungen: Auch ohne das neue Steuergesetz, das der Staatskasse 70 Millionen Franken wegnimmt, wird der Spielraum ab 1985 wesentlich kleiner sein. Dabei bedingen gerade jene wirtschaftspolitischen Umstände, die dem Staat weniger Steuereinnahmen bescherten, der öffentlichen Hand zusätzliche Aufgaben: Die Wirtschaft wird - wie bei der letzten Rezession gehabt - plötzlich nach einer «aktiven

Politik» rufen. Und die Folgen der Entlassungen und der zunehmenden Kurzarbeit trägt ja auch die öffentliche Hand... Es mag aus bürgerlicher Sicht konsequent sein, dass man den Staat auf zwei Fronten - beim Budget und bei den Steuereinnahmen «aushungert». Es ist aber solange unsozial, als man demselben Staat alle Folgekosten einer rein privat- und profitwirtschaftlich geführten Wirtschaftspolitik und ihrer Krisen aufbürdet!

Peter Steckling